

2.2. Der Befreiungsbund (1847-1849)

Bei seiner Ankunft in New York Ende 1846 mußte Weitling erfahren, daß der Volks-Tribun sein Erscheinen gerade eingestellt und 100 Dollar Schulden hinterlassen hatte. Die New Yorker Sozialreformer, als deren Organ der Volks-Tribun erschienen war und die bereits einen großen Teil der Reisekosten für Weitling übernommen hatten, boten ihm für die Dauer, bis er eine Beschäftigung gefunden hätte, eine wöchentliche Unterstützung von fünf Dollar an. Er verweigerte jedoch diese Hilfe, druckte, seinen eigenen Angaben zufolge, "einige Flugschriften und eine neue Auflage des 'Evangeliums der armen Sünder' und zwängte meine Gefühle in die mir damals fürchterliche Nothwendigkeit, den Verkauf derselben selbst zu betreiben" (RdA, Nr. 14, 19. Juli 1851, 109)¹.

Der Volks-Tribun hatte vermutlich sein Erscheinen einstellen müssen, nachdem er seine Stütze im Sozialreformverein, aufgrund dortiger Streitigkeiten, verloren hatte. Darauf deutet zumindest Weitlings Bemerkung hin, der Befreiungsbund, der am 21. März 1847 wesentlich durch seine Initiative gegründet wurde (vgl. Marsiske 1986, 93), sei aus den "Trümmern" des Sozialreformvereins hervorgegangen (RdA, Feb. 1851, 18).

Stanley Nadel hingegen hat auf die fortdauernde Existenz des Sozialreformvereins hingewiesen und dessen Aktivitäten in der Arbeiterbewegung bis in die sechziger Jahre hinein hervorgehoben. Ausdrücklich kritisiert er Hermann Schlüter, der ab Mitte 1846 einen Niedergang des Sozialreformvereins beobachtet und ihn mit dessen pro-amerikanischer Parteinahme im Krieg gegen Mexiko in Verbindung bringt. Schlüters fehlendes Interesse für die nachfolgende Entwicklung des Vereins werde, so Nadel, von der

1 Die Formulierung "einige Flugschriften" läßt verschiedene Auslegungen zu, es können sowohl verschiedene Titel gemeint sein als auch mehrere Exemplare einer Flugschrift. Weitlings Schriftenverzeichnis in der dritten Auflage der Garantien von 1849 auf der letzten, nicht paginierten Seite, nennt lediglich eine Flugschrift, die 1847 in New York unter dem Titel Ein Nothruf an die Männer der Arbeit und der Sorge erschien. Dies ist auch die einzige von ihm in RdA, Nr. 14, 19.7.1851, 110, ausdrücklich erwähnte. Das Schriftenverzeichnis in den Garantien verzeichnet allerdings noch eine zweite Auflage aus dem Jahr 1848, die Weitling als Propagandamaterial mit nach Europa nahm, sowie englische Übersetzungen sowohl des Nothrufs als auch des Evangeliums. Von letzteren konnte bislang kein Exemplar ausfindig gemacht werden. Ebenso wenig konnte die Existenz einer Schrift mit dem Titel Briefe an die Landsleute, die gelegentlich erwähnt wird (vgl. Bravo 1961, 352), bestätigt werden. Wahrscheinlich handelt es sich hier um eine Verwechslung mit dem Nothruf.

gesamten nachfolgenden Geschichtsschreibung geteilt (Nadel 1981, 242f.)¹.

Diese Kritik ist durchaus berechtigt. Tatsächlich kommen in Schlüters Urteil vor allem seine ideologischen Differenzen zum Programm des Sozialreformvereins zum Ausdruck und nicht so sehr gründliche Quellenstudien. Nadel verfällt jedoch in ein anderes Extrem. Seine Betonung der Kontinuität verführt ihn dazu, den tatsächlich erfolgten politischen Bruch zu übersehen, der zumindest von Weitling bezeugt wird. Weitling schrieb im Februar 1851 rückblickend:

"Als dieser Social-Reform-Verein zerfiel, entstand aus dessen Trümmern der "Befreiungsbund", und dieser gründete den Arbeiterverein in New-York, welcher den Arbeiterverein in Philadelphia in's Leben rief, der jetzt noch in voller Kraft besteht, während der hiesige nur ein kurzes Leben fristete. Aus den Trümmern des hiesigen Arbeitervereins und einigen bei den frühern Trennungen zerstreuten Mitgliedern entstand unter besonders thätiger Betheiligung Franz Arnold's der jetzige "Social-Reform-Verein" (RdA, Feb. 1851, 18).

Zwar zog sich, Weitling zufolge, "durch die ganze Kette dieser Verwandlungen ... ein wohl zu beachtender, bindender Kitt des Ganzen", womit er den Gesangsverein der Sozialreformer meinte (ebd.). Politisch-programmatisch jedoch war der Sozialreformverein der fünfziger Jahre keine direkte Fortsetzung des früheren gleichnamigen Vereins. Einige von dessen Mitgliedern schlossen sich zunächst Weitlings Befreiungsbund an.

Forschungsgeschichtlich hatte der Befreiungsbund ein ähnliches Schicksal wie der Sozialreformverein, auch er fand bei Historikern ausgesprochen wenig Interesse². Von der Sache her ist dies alles andere als gerechtfertigt. Immerhin dokumentieren die Statuten des Befreiungsbundes Weitlings ersten Versuch, eine Organisation aufzubauen, die nicht bloß der Verbreitung der kommunistischen Lehre dient, sondern auch Möglichkeiten eröffnet, unmittelbar auf die gesellschaftlichen Verhältnisse einzuwirken. Noch 1846, in der zweiten Auflage des Evangeliums, war Weitling über Vorstellungen zur "Organisation der Propaganda", so die Überschrift des entsprechenden Abschnitts, nicht hinausgekommen. Wer

1 Vgl. Schlüter, 46f.

2 Zu den wenigen Ausnahmen zählen Seidel-Höppner/Rokitjanski, bes. 143ff. und Marsiske 1986, 93ff. Seidel-Höppner/Rokitjanski ist auch die Veröffentlichung der Statuten des Befreiungsbundes zu danken. Ich zitiere im folgenden nach dieser Ausgabe.

immer vom Kommunismus überzeugt war, sollte sich demnach mit Gleichgesinnten zusammenschließen und regelmäßige Treffen veranstalten, auf denen über die Verbreitung der kommunistischen Prinzipien und die "künftige Organisation der Gesellschaft" gesprochen werden sollte (vgl. Evangelium [1967], 180ff.).

Demgegenüber beabsichtigte der Befreiungsbund, nur ein Jahr später konzipiert¹, neben der allgemeinen Propaganda auch eine direkte Einflußnahme auf politischer Ebene sowie die finanzielle Absicherung seiner Mitglieder in Krankheitsfällen und im Alter. Konsequenterweise strich Weitling daher in der dritten Auflage des Evangeliums den Abschnitt über die "Organisation der Propaganda" und brachte statt dessen im "Was ist Kommunismus?" überschriebenen Kapitel eine Erläuterung der Grundsätze und der Vorgehensweise des Befreiungsbundes, ohne diesen allerdings namentlich zu erwähnen (vgl. ebd., 256ff.)

Programm und Statuten

Programm und Statuten des Befreiungsbundes, deutlich Weitlings Handschrift verratend, denunzierten zunächst die in Amerika gewährten, für alle Bürger gleichermaßen geltenden Freiheitsrechte als unzureichend, da diesen keine entsprechend gleich verteilten Freiheitsmittel gegenüberstanden. Der Befreiungsbund strebte daher eine noch ausstehende "wirkliche" Befreiung an (Seidel-Höppner/Rokitjanski, 158). "Wir wollen einen zum Besten Aller uneigennützig verwalteten Staat, (...) einen Staat, der jedem seiner Bürger, nach den für Alle gleichen Verhältnissen, die gleichen Mittel zur Benutzung seiner Freiheit sichert ..." (ebd., 159).

Zu diesem Zweck sollten "alle willigen Kräfte" im Befreiungsbund vereinigt werden, um "mittelst denselben auf die Wahlen einwirken und so zum Ziele dringen" zu können. War erst einmal eine Mehrheit in der Regierung gewonnen, sollten "augenblickliche Maßregeln" innerhalb weniger Wochen für die Verwirklichung folgender Grundsätze sorgen:

1 Erste Andeutungen auf die Konzeption des Befreiungsbundes finden sich allerdings schon in dem 1843 erschienenen Artikel "Ansichten und einfache Vorschläge eines Schweizers über die Gütergemeinschaft", Junge Generation, Mai 1843, 65f., wo der anonyme Verfasser eine Unterteilung nach politischen, ökonomischen und moralischen Grundsätzen vornahm und unter anderem erklärte: "Jeder Mensch ist Arbeiter - Jeder Arbeiter ist öffentlich Angestellter - Die Regierung ist gleich aller und jeder Arbeit eine öffentliche Anstellung" (ebd., 66). Ganz ähnlich unterschied auch Weitling später die moralischen, demokratischen, kommunistischen und ökonomischen Grundsätze des Befreiungsbundes (vgl. "Bundesbuch des Befreiungsbundes", abgedruckt bei Schäfer 1981).

"I. Alle Beamten sind Arbeiter des Staats, und erhalten als solche den gleichen Lohn. Die großen Gehalte und die Aemterjagden hören auf.

II. Der Staat giebt Allen Arbeit, welche Arbeit verlangen, und lohnt sie dafür, wie seine Beamten. Die Sorge um die Arbeit hört auf.

III. Der Staat erhält alle Alten, Kranken, Krüppel, Kinder, und überhaupt Alle, die nicht arbeiten können und Erhaltung verlangen, so anständig, wie seine Beamten. Die Sorge um die Existenz hört auf" (Seidel-Höppner/Rokitjanski, 159).

Bis Ende 1849 blieben diese drei Grundsätze im Zentrum von Weitlings politischem Programm.

Die vordringlichste Aufgabe des Befreiungsbundes war also die Konzentration von Wählerstimmen, folglich konnte niemand Mitglied werden, "der kein Interesse hat, bei allen betreffenden Wahlen für diejenigen Tickets zu stimmen, welche von der Centalkommission des Bundes im Interesse des, für die Verwirklichung jener Grundsätze nöthigen einigen Handelns ausgetheilt werden". Besondere Versammlungen des Bundes schienen nicht notwendig, vielmehr blieb es "jedem Einzelnen überlassen, wie und wo er seine Zeit und seinen Eifer im Interesse des Bundes am besten anzuwenden gedenkt" (ebd., 160).

Mit dieser Vorgehensweise knüpfte Weitling an die bereits vom Sozialreformverein praktizierte politische Taktik der amerikanischen National Reform Association an. Anstatt eine eigene Partei zu gründen, versuchten die amerikanischen Nationalreformer ihre politischen Forderungen durchzusetzen, indem sie den zur Wahl stehenden Kandidaten einen Handel anboten: Wer ein schriftliches Versprechen abgab, im Falle seiner Wahl sich für die Forderungen der National Reform Association einzusetzen, dem wurden im Gegenzug die Stimmen aller ihrer Mitglieder garantiert¹.

Neben der Verwirklichung dieser politischen Zielsetzung sollte der Befreiungsbund seinen Mitgliedern finanzielle Unterstützung in Krankheitsfällen und im Alter gewährleisten. Jedes Mitglied war daher zur Zahlung monatlicher Beiträge von jeweils mindestens 6 1/4 Cents für den Kranken- und für den Versorgungsfond verpflichtet. Krankenunterstützung konnte frühestens nach einem Jahr Mitgliedschaft bezogen werden, sofern das

1 Vgl. Kap. 3.1., das sich ausführlicher mit der Programmatik der Nationalreformer beschäftigt.

Mitglied während dieser Zeit dem Bund mindestens drei neue Mitglieder zugeführt hatte. Eine Ausnahme von dieser Jahresfrist war nur möglich, sobald jemand mindestens zehn Personen in den Bund aufgenommen hatte, unter denen sich wenigstens ein amerikanischer Bürger befinden mußte (vgl., Seidel-Höppner/Rokitjanski, 162).

Die Höhe der Zahlungen im Krankheitsfalle hatte sich nach der finanziellen Stärke des Bundes zu richten und wurde von der Zentralkommission bestimmt. Die Gewährung von Unterstützung im Alter oder bei anderen Notfällen setzte ebenfalls voraus, daß das betreffende Mitglied mindestens zehn weitere Mitglieder in den Bund aufgenommen hatte. Die Anzahl der neu aufgenommenen Mitglieder bestimmte hier aber auch die Höhe der Zahlungen (vgl. ebd.).

Insbesondere im Vergleich mit den später von Weitling propagierten Organisationen¹ fällt auf, daß die Unterstützungszwecke des Befreiungsbundes merkwürdig getrennt von seinen politischen Zielen formuliert wurden. Ebenso losgelöst von der übrigen Konstitution erscheinen die Artikel über das "Bundesorgan". So blieb es "jedem Mitgliede überlassen, ob es sich auf dasselbe abonnieren will oder nicht". Ein Viertel des Platzes sollte der Zentralkommission zur Verfügung stehen, der Rest sollte autonom durch einen Redakteur bearbeitet werden (Seidel-Höppner/Rokitjanski, 162). Welche Bedeutung dem Organ, von dem in den USA offenbar nie eine Nummer erschien, im Rahmen der Bundeszwecke zukam, bleibt im Dunkeln.

Beinahe die Hälfte der Konstitution des Befreiungsbundes, 22 von insgesamt 48 Artikeln, beschäftigt sich mit der inneren Verwaltung, insbesondere der Bildung der verschiedenen Kommissionen. Hier zeigt sich Weitlings Bemühen, den Gedanken der Fähigkeitswahlen, durch die alle Positionen mit den dafür geeignetsten Personen besetzt werden sollten, innerorganisatorisch umzusetzen: Für die politischen Zwecke des Befreiungsbundes, die Einflußnahme auf die Wahlen, war eine möglichst große Zahl von Mitgliedern das wichtigste, wenn nicht ausschließliche, Erfolgskriterium. Folglich erschien es sinnvoll, die bei der Mitgliederwerbung erfolgreichsten Mitglieder mit der Leitung des Bundes zu beauftragen.

Dies sollte auf folgende Weise geschehen: Einer Hierarchie von Mitgliedern entsprach eine Hierarchie von Kommissionen. An der Spitze standen die Direktoren, die dem Bund mindestens hundert neue Mitglieder zugeführt hatten, darunter kamen die Hauptleute, die mindestens dreißig,

1 Vgl. die folgenden Kap. 2.3. und 2.4.

und schließlich die Offiziere, die mindestens zehn neue Mitglieder aufgenommen hatten. Jede Kommission sollte durch alljährliche Wahlen der jeweils nächsttieferen Mitgliederebene gebildet werden, die Hauptleute wählten also die Zentralkommission, die Offiziere die Bezirkskommissionen und die einfachen Mitglieder schließlich die Lokalkommissionen. Jede Kommission sollte aus vier Mitgliedern bestehen, zur Wahl standen jeweils maximal zehn Mitglieder und zwar diejenigen, die dem Bund die meisten neuen Mitglieder bzw. die meisten Beiträge zugeführt hatten (vgl. Seidel-Höppner/Rokitjanski, 160f.). Ein ähnliches Verfahren regelte auch die Besetzung der Redaktion des Bundesorgans (vgl. ebd., 162).

Für den Fall von Stimmgleichheit bei Abstimmungen in einer Kommission war vorgesehen, durch Losentscheid einem Mitglied die Entscheidung zu übertragen. Sofern dieses Mitglied bei den nächsten Wahlen wieder kandidierte, sollte seine Entscheidung auf dem Wahlzettel vermerkt werden. Das gleiche Verfahren sollte angewandt werden, falls ein Kommissionsmitglied eine andere Meinung hatte als die übrigen drei. Umstrittene Entscheidungen erhielten so bei den Wahlen ein nachträgliches Korrektiv bzw., sofern die Mehrheitsmeinung bestätigt wurde, eine nachträgliche Absicherung (vgl. Seidel-Höppner/Rokitjanski, 161). Mit dieser Regelung zog Weitling offensichtlich seine Lehren aus dem Verlauf der Diskussionen im Brüsseler Kommunistischen Korrespondenzkomitee (vgl. Kap. 2.1.). Er wollte ein handlungsfähiges Führungsgremium schaffen, zugleich aber der drohenden Gefahr entgegenwirken, daß sich ein solches Gremium gegenüber der übrigen Mitgliedschaft des Bundes und überhaupt der gesamten Arbeiterbewegung verselbständigte. Damit erkannte er ein wichtiges organisatorisches Problem demokratischer Willensbildung und präsentierte zu einem erstaunlich frühen Zeitpunkt eine bedenkenswerte Lösung.

Überhaupt muß wohl dieses einheitliche, auf dem Gedanken der Fähigkeitswahlen beruhende Verwaltungsprinzip des Befreiungsbundes als dessen historisch bedeutsamstes Moment gelten. Die verschiedenen Aspekte der Konstitution, die politischen und sozialen Zielsetzungen, die inhaltlich in keinem Zusammenhang zueinander standen, wurden lediglich durch die einheitliche Verwaltung zusammengehalten. Weitling selbst, der ansonsten später nur selten auf den Befreiungsbund zurückkam, hob dies rückblickend als eine wichtige Erfahrung hervor:

"Ich weiß aus praktischer Erfahrung, daß eine vernünftige, die Verwirklichung neuer Ideen fordernde Parlaments- und Geschäftsord-

nung möglich ist. Ich hatte dieselbe vor 4 Jahren hier im 'Befreiungsbunde' unter etwa 50 Mitgliedern und im Hamburger 'Befreiungsbunde' unter circa 800 Mitgliedern eingeführt. (...) Die Stifter des Bundes in jeder Stadt waren die Vorsteher des Bundes. Diese gesellten sich aus den Mitgliedern, welche über zehn Mitglieder in den Bund aufgenommen hatten, andere Vorsteher zu und leiteten mit diesen die Geschäfte des Bundes. Wir besprachen im Vorstande jede Sache vor ihrer Einführung. Aber wir appellirten nie an das Würfenspiel der Abstimmung, denn dadurch wird nur die schlummernde Rechthaberei der Persönlichkeiten, dadurch wird nur die Sucht des Widerspruchs erregt. Aber wir verwarfen das Abstimmen nicht in der Absicht, daß eine Meinung den andern Meinungen etwas aufdringen sollte, sondern in der Absicht, nichts zu unternehmen, womit nicht alle Vorsteher sich einverstanden erklärten, und unsere Beratungen betrafen überhaupt nie Gegenstände, welche nicht schon in den Grundsätzen und Statuten der Gesellschaft durch die Unterschriften Aller Anerkennung gefunden hatten; sie betrafen nur einige Ausführungsformen" (RdA, Feb. 1851, 20).

Daß Weitling seine Erfahrungen gleichermaßen auf den amerikanischen wie den Hamburger Befreiungsbund stützt, ist allerdings ungläubhaft. "Erfahrungen", im Sinne einer praktischen Erprobung der Statuten des Befreiungsbundes, kann er in Amerika kaum gesammelt haben. Dies legt allein die Mitgliederzahl nahe: Wie soll bei einer Zahl von fünfzig Mitgliedern eine hierarchische Aufteilung in Offiziere, Hauptleute und Direktoren vorgenommen werden, wenn diese jeweils mindestens zehn, dreißig bzw. hundert Mitglieder aufgenommen haben müssen? Zwar scheint Weitling die tatsächliche Mitgliederstärke des amerikanischen Befreiungsbundes, wohl aufgrund eines Erinnerungsfehlers, zu unterschätzen. Aber auch eine Zahl von 94 Mitgliedern, die sich aus einer Zählung der Mitgliedskarten im Staatsarchiv Hamburg ergibt (vgl. Marsiske 1986, 134ff.), hätte noch keine praktische Umsetzung der Statuten ermöglicht, zumal fast alle Aufnahmen durch Weitling selbst erfolgten (vgl. ebd.).

Aktivitäten des Befreiungsbundes, und damit auch eine praktische Erprobung seiner Statuten, gab es in nennenswertem Umfang offenbar nur in Hamburg. Hierauf dürften sich seine oben wiedergegebenen Erfahrungen im wesentlichen stützen. Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß die Organisationsstruktur des Befreiungsbundes in Berlin und Hamburg

gegenüber der amerikanischen Sektion jeweils modifiziert wurde (vgl. Seidel-Höppner/Rokitjanski, 144)¹.

Ob es hingegen in den USA zu irgendeiner Praxis des Befreiungsbundes gekommen ist, die über die reine Mitgliederwerbung hinausging und von daher die von Weitling mitgeteilten Erfahrungen begründen könnte, ist zweifelhaft. Über eine, wenn auch nur versuchte, Einflußnahme auf Wahlen gibt es keine Berichte, auch ist nicht bekannt, ob die Beiträge zum Kranken- und Versorgungsfonds ihrer konstitutionsmäßigen Bestimmung zugeführt wurden. Noch nicht einmal eine regelmäßige Einzahlung von Beiträgen läßt sich belegen².

Der Arbeiterverein von Philadelphia

Ganz wirkungslos war der Befreiungsbund jedoch nicht. Wie aus Weitlings oben zitierter Schilderung (Kap. 2.2., 33) hervorgeht, veranlaßte er die Gründung von Arbeitervereinen in New York und Philadelphia, wobei der New Yorker Verein allerdings nur kurzen Bestand hatte³.

Die Verfassung des Arbeitervereins von Philadelphia bestand aus zehn Grundsätzen, in denen sich tatsächlich auch die Grundsätze des Befreiungsbundes wiederfinden: In den Artikeln 3, 4 und 5 wurde dem Staat die Verpflichtung auferlegt, dem Arbeiter und seiner Familie die Existenz zu sichern, entweder durch angemessen bezahlte Beschäftigung oder durch

-
- 1 Weitlings Angabe, der Hamburger Befreiungsbund habe 800 Mitglieder gezählt, läßt sich durch andere Quellen nicht bestätigen. Die in der Forschungsliteratur mitgeteilten Schätzungen, die von 400-500 Mitgliedern ausgehen (vgl. Seidel-Höppner/Rokitjanski, 147; Marsiske 1986, 120), scheinen demzufolge aber zumindest nicht zu hoch zu liegen.
 - 2 Vgl. Kap. 2.2., 46f., für Überlegungen über den Verbleib der Mitgliedsbeiträge.
 - 3 Ein Artikel von C. F. Huch gibt eine etwas andere Darstellung. Während Weitling schreibt, der New Yorker Arbeiterverein habe einen ebensolchen Verein in Philadelphia ins Leben gerufen (vgl. RdA, Feb. 1851, 18), ist der zeitliche Ablauf bei Huch umgekehrt. Demzufolge kam es erst im Gefolge der Gründung des Arbeitervereins von Philadelphia zu weiteren Gründungen "in New York, Williamsburg, Buffalo, Newark, Pittsburg, Cincinnati, Louisville, St. Louis und an anderen Orten" (Huch 1910a, 42). Mit diesen "weiteren Gründungen" sind aber offenbar Weitlings Aktivitäten nach 1850 gemeint, die weder inhaltlich noch organisatorisch an den Befreiungsbund oder den Arbeiterverein von Philadelphia anknüpften. Möglicherweise hat die von Huch als Hauptquelle verwandte Philadelphia Freie Presse (vgl. ebd., 52) ihn zu einer Überschätzung der Bedeutung des Philadelphier Arbeitervereins verleitet. Denkbar ist auch, daß in den Quellen eine Verwechslung von Stadt und Staat New York vorliegt. Huch erwähnt eine "Verfassung für die Arbeitervereine im Staate New York", die am 24. Februar 1849 unterzeichnet wurde und die gleichen Grundsätze wie der Philadelphier Arbeiterverein vertrat (ebd., 42). Hierbei kann Weitling keinen unmittelbaren Einfluß ausgeübt haben, da er sich zu dieser Zeit in Europa befand. Indirekt geht aber auch diese Verfassung auf ihn zurück.

Unterstützung Arbeitsunfähiger (vgl. Huch 1910a, 40)¹. Die übrigen Artikel unterstrichen die besondere Bedeutung des Arbeiterstandes für Staat und Gesellschaft, die in den gegenwärtigen Verhältnissen jedoch keinen angemessenen Ausdruck fände. In einem Zusatz wurde erklärt, daß die Vereinigung als deutsch-amerikanischer Arbeiterverein nur als vorläufig anzusehen sei, solange kein allgemeiner amerikanischer Arbeiterverein organisiert sei. An der Bildung eines solchen Vereins sollte nach Kräften mitgewirkt werden (vgl. Huch 1910a, 40).

Hervorgegangen war der Arbeiterverein aus einer Versammlung der deutschen Arbeiter Philadelphias, die von Weitling und Rudolph Dowiat² zusammengerufen worden war. Die Versammlung diente der Sammlung von Geldern, um beiden die Reise nach Europa und die aktive Teilnahme an der Revolution zu ermöglichen. Im Aufruf dazu hieß es: "Die jetzige riesenhafte Bewegung in Europa ist ihrem innersten Wesen nach eine Revolution des vierten Standes, eine Revolution der Arbeiter. Es handelt sich nicht mehr um politische Formen, es handelt sich um die volle soziale Freiheit, um Organisation der Arbeiter" (Huch 1910a, 39).

Dieser Aufruf sowie der einstimmig gefaßte Beschluß zur Gründung des Arbeitervereins lassen eine andere Darstellung vom Verlauf der Versammlung als zweifelhaft erscheinen. Demnach hatten die "wirklichen Arbeiter seinen (Weitlings - H.-A. M.) überspannten Ideen nicht huldigen" wollen. "Viele Fäuste der Anwesenden" hätten sich geballt, "um dem Schwadronneur den Abschied zu versüßen, und glücklich für ihn, daß er ohne bemerkt zu werden das Lokal verlassen konnte". L. A. Wollenweber, von dem diese Schilderung stammt, war offenbar verärgert über Weitlings Haltung zur amerikanischen Demokratie, die seiner eigenen weitgehend entgegengesetzt gewesen sein dürfte: "In seiner Rede sagte er unter anderm, er habe sich hinsichtlich der amerikanischen Freiheit sehr getäuscht. Die Arbeiter seien, trotzdem man ihnen ihre Vorteile so deutlich zeige, zu dumm, um dieselben zu begreifen. Er gehe jetzt nach Deutschland zurück, um an dem Freiheitskampf teilzunehmen, und werde dort bald eine Republik gegründet werden, die den amerikanischen Humbug, dem die hiesigen Deutschen huldigten, weithin in den Schatten stellen werde" (Wollenweber 1910b, 23f.).

Diese zuletzt zitierten Sätze Wollenwebers erscheinen glaubhafter

1 Vgl. Der Urwähler, Nr. 4, 30, wo die Verfassung ebenfalls abgedruckt ist.
2 Zu Dowiat vgl. Kuhn, 141ff.; Seidel-Höppner/Rokitjanski, 77.

als sein Bericht vom Verlauf der Versammlung. Weitling hatte an anderer Stelle tatsächlich die Vereinigten Staaten als ein "Babylon von Kapitalisten, von Kaufleuten, Juristen und Pfaffen" bezeichnet, "in welchem fast Jeder durch Diebstahl, Betrug, Täuschung und Heuchelei, entweder auf Kosten Anderer Reichthümer zu erwerben, oder dabei sein Leben zu erhalten sucht, ja zu erhalten suchen muß" und hatte im Anschluß daran gefragt: "Ist das Unabhängigkeit? Ist das Freiheit?" (Nothruf, 3). Eine Einschätzung, die er auf der Versammlung in Philadelphia sicherlich wiederholt haben dürfte, womöglich in noch verschärfter Form, schien ihm doch die Verwirklichung einer gerechteren Gesellschaft in Europa in greifbare Nähe gerückt zu sein. Soziale Gesichtspunkte hatten für Weitling entschieden Vorrang vor allen Fragen, die sich aus nationalen Unterschieden ergeben konnten. Er war und blieb ein entschiedener Gegner von jeglichem Nationalismus und verfiel auch in der Fremde, im Unterschied zu vielen seiner Zeitgenossen, nicht den Verlockungen der Deutschtümelei.

Der Beschluß zur Gründung eines Arbeitervereins wurde schon wenige Tage später, am 3. Mai 1848, auf einer erneuten Versammlung umgesetzt. Ob Weitling hieran teilnahm, ist nicht bekannt. Der Aufruf zur Versammlung schloß mit den Worten: "Alles durch, und nichts ohne die Arbeiter" (Huch 1910a, 39). Im Juli desselben Jahres wurde ein Nebenzweig des Vereins gebildet, das "Exekutiv-Schutzkomitee", dessen Aufgabe es war, Mitgliedern des Arbeitervereins in Fällen von Bedürftigkeit Unterstützung zu gewähren.

Interessanterweise wurde in der Konstitution dieses Komitees, im Unterschied zum Befreiungsbund, ein inhaltlicher Zusammenhang mit den politischen Zielen des Arbeitervereins hergestellt, indem erklärt wurde, das Exekutiv-Schutzkomitee solle "den Mitgliedern des Arbeitervereins den Schutz und die Wohlthaten zu verschaffen .. suchen, welche der Arbeiter-Verein von dem Staate für alle im Interesse der Menschheit thätigen Menschen verlangt"¹. Der Staat habe sowohl die Mittel als auch die Pflicht, "jeden Menschen die zu dessen von Nahrungssorgen freier Existenz notwendige Hülfe und Unterstützung zu gewähren", käme dieser Pflicht aber bis jetzt noch nicht nach. Da nicht absehbar sei, "wann der jetzige Zustand der Dinge in den recht-

1 Die Zitate folgen der Wiedergabe von "Plan und Verfassung der Executiv-Schutz-Committee" im Anhang dieser Arbeit. Vgl. auch Huch 1910a, 41.

mäßigen umgewandelt sein wird, und so lange dies eben noch nicht stattgefunden hat", wolle der Arbeiterverein seinen Mitgliedern "wenigstens so vielen Schutz und so viel Unterstützung verschaffen, als es seine Mittel und Kräfte erlauben".

Unterteilt in sechs Abteilungen war das Exekutiv-Schutzkomitee bemüht, arbeitslosen Mitgliedern Arbeit zu verschaffen; kranken Mitgliedern beizustehen; hilfsbedürftige selbständige Mitglieder zu unterstützen; Mitglieder, denen sich eine Gelegenheit zum selbständigen Arbeiten bot, gegebenenfalls zu unterstützen; Witwen und Waisen gestorbener Mitglieder beizustehen; und schließlich arbeitsunfähigen Mitgliedern zu Hilfe zu kommen. Die Abteilung zur Arbeitsvermittlung wurde als die wichtigste, die übrigen Abteilungen hingegen als die "unter den jetzigen Umständen schwierigsten" bezeichnet.

Es lassen sich somit nicht nur Weitlings persönlicher Einfluß bei der Gründung des Philadelphier Arbeitervereins sowie eine Übernahme inhaltlicher Positionen des Befreiungsbundes nachweisen, sondern, dies zeigt die engere argumentative Verknüpfung von sozialer und politischer Programmatik, auch deren Weiterentwicklung und detailliertere Ausformulierung. Weitlings Vorschläge fielen auf fruchtbaren Boden.

Erste Gedanken zur Währungsreform

Die vom Befreiungsbund beabsichtigte, wenn auch offenbar nicht praktizierte, Einflußnahme auf die Wahlen (vgl. Kap. 2.2., 35) war ein originär amerikanisches Element in dessen Programm. Für diese politische Taktik hatte Weitling auf keine europäischen Vorbilder zurückgreifen können. Dies gilt nicht im gleichen Maße für einen weiteren Aspekt seiner Programmatik, den er wohl schon während seines Aufenthaltes in England ansatzweise entwickelt haben mochte, nun aber auf die spezifischen amerikanischen Verhältnisse zuschnitt. Gemeint sind seine Vorstellungen von einer Währungsreform, die im Zusammenhang mit dem Befreiungsbund erstmals konkrete Gestalt annahm.

In den Statuten des Befreiungsbundes hieß es, daß, sobald in der Regierung die Mehrheit gewonnen worden wäre, die Grundsätze des Befreiungsbundes durch "augenblickliche Maßregeln" verwirklicht werden sollten (Kap. 2.2., 34f). Über den Charakter dieser Maßregeln schwiegen die Statuten sich jedoch aus. Weitling erläuterte sie stattdessen in seiner Flugschrift Ein Nothruf an die Männer der Arbeit und der Sorge.

Anhand eindrucksvoller Beispiele beschrieb er hier zunächst die krassen Gegensätze zwischen Reichtum und Armut und ihre Auswirkungen auf das Leben der Arbeiter, die davon auch in den Vereinigten Staaten nicht verschont blieben. Er warnte: "Wir nähern uns mit starken Schritten den elenden Verhältnissen der europäischen arbeitenden Klassen" (Nothruf, 9). Die Ursache hierfür fand er im herrschenden Geldsystem, durch das es den Kaufleuten möglich wurde, die Arbeiter um ihren gerechten Anteil an den Erträgen der Arbeit zu betrügen. "Mit dem fünfzigsten Theile aller dieser Handelsagenten hätten wir in einem, im Interesse der Arbeit geregelten Tauschsystem vollkommen genug; in einem Tauschsystem, dessen Geldstücke und Papiere den wirklichen Werth der Arbeit, und nicht den zufällig dafür erhaltenen Preis repräsentiren, in einem Tauschsystem, von welchem Niemand Nutzen ziehen kann, der entweder gar nichts, oder doch nichts Nützliches für die Gesellschaft schafft" (ebd., 13). Grundlage eines solchen Tauschsystems müßte die zur Hervorbringung der Produkte notwendige Arbeitszeit bei zugleich freier Wahl der Arbeit sein. Weitling faßte zusammen, "daß jedes Produkt einen bestimmten, nach der zu seiner Hervorbringung erforderlichen Arbeitszeit geregelten Werth haben wird (...), daß der Austausch der Produkte nicht mehr dem Zufalle und dem besondern Vortheile der Nichtproducenten überlassen, sondern von einer Verwaltung der Regierung im Interesse der Arbeit betrieben werden wird (...), daß die Agenten des Austauschtes Staatsbeamte sind, die keine diebischen Gewinnste machen können. (...) Die Regierung ist eigentlich in einem solchen Zustande weiter nichts, als eine Verwaltung der Arbeiten und des Austausches der Produkte" (ebd., 14f.).

Auf die Frage, wie ein solches Tauschsystem verwirklicht werden könnte, fand Weitling eine klare Antwort:

"In diesen Vereinigten Staaten, nur wenn der leitende Theil des arbeitenden Volkes aufgeklärt und einig genug ist, um die Leitung seiner Angelegenheiten den Männern der Arbeit anzuvertrauen. Nur dann, wenn das Volk aufhört, dieselbe den Reichen, den Kaufleuten und Advokaten anzuvertrauen. Nur dann, wenn es seinen Vertretern nicht mehr Gehalt bewilligt, als zu ihrem nothwendigen Unterhalt genügt. Nur dann, wenn es aufhört, bei den Wahlen auf Personen ein Gewicht zu legen, wenn es, anstatt der

Personen, bei den Wahlen Grundsätze als Hauptsache aufstellt, radikale Grundsätze, welche Alles in sich enthalten, was das Volk zu fordern und für ewige Zeiten zu vertheidigen ein Recht und ein Interesse hat" (Nothruf, 15).

Es überrascht nicht, daß Weitling hiermit die bekannten drei Grundsätze des Befreiungsbundes meinte. Er listete sie jedoch auf, ohne den Befreiungsbund selbst dabei zu erwähnen. Im Anschluß daran beschrieb er Maßnahmen, die zur Verwirklichung dieser Grundsätze führen sollten.

Voraussetzung war demnach zunächst eine Regierungsmehrheit im Sinne der drei Grundsätze, die Weitling jedoch bei eifriger Propagandaarbeit in nicht allzu ferner Zukunft sah. War diese Mehrheit erst einmal errungen, sei rasches, wirksames Handeln nötig:

"Zuerst erläßt unsere Regierung die zu einer neuen Geldordnung nöthigen Gesetze. Dann läßt sie die nöthigen Münzen derselben prägen und die nöthigen Papiere drucken. Auf diesen liest man dann nicht mehr: einen Dollar, einen Schilling u. dgl., sondern: Tauschwerth von einer, zwei, drei, zehn, hundert, Minuten oder Stunden Arbeitszeit. Dasselbe liest man nach Einführung dieses neuen Tauschsystems in jeder Werkstatt, in jedem Magazin, an jedem angefertigten Produkte, so bald es aus der Hand des einen Arbeiters in die des andern übergeht, bis auf die letzte, die Harmonie der gleichen Verhältnisse Aller gleich regelnde Preisbestimmung der Verwaltung" (ebd., 16).

Im Anschluß daran müsse die Regierung dann verkünden, daß sie alle Produkte doppelt so teuer wie der Privathandel bezahlen und zugleich alle Arbeiter, die dies wünschen, zu doppelten Löhnen beschäftigen würde. Kapitalisten, Kaufleute und Arbeitgeber könnten damit nicht konkurrieren und wären daher gezwungen, sich der neuen Ordnung anzuschließen oder das Land zu verlassen.

Es war durchaus in Übereinstimmung mit seinen früheren Schriften, wenn Weitling hier das Geldsystem als eine Hauptursache für die elende Lage der Arbeiter benannte¹. Neu hingegen war der Gedanke,

1 Vgl. Garantien [1974], 48ff.

durch eine vom Staat betriebene Währungsreform Abhilfe zu schaffen, und es war sicherlich kein Zufall, daß Weitling diesen Gedanken zu dieser Zeit und an diesem Ort erstmals formulierte. Zum einen eröffnete das in Amerika gültige Wahlrecht eine gegenüber den europäischen Staaten realistischere Möglichkeit der Einflußnahme auf staatliche Maßnahmen. Noch wichtiger aber ist der Aspekt, daß Weitling mit seinen Vorstellungen an zeitgenössische amerikanische Reformideen anknüpfte, womöglich auch von diesen beeinflusst war.

Vor dem Hintergrund eines außerordentlich unübersichtlichen und unsicheren Währungs- und Bankensystems, dessen Nachteile vor allem kleinere Farmer und Gewerbetreibende sowie Arbeiter zu spüren bekamen, waren verschiedentlich Gedanken zu einer currency reform, einer Währungs- und Bankenreform, entwickelt worden. Prominente Vertreter derartiger Vorstellungen waren Josiah Warren und Edward Kellogg. Zumindest ersterer wird Weitling bereits im Jahre 1847 bekannt gewesen sein, da sein Name im Volks-Tribun gelegentlich Erwähnung gefunden hatte¹. Mit letzterem setzte sich Weitling spätestens ab 1850 auseinander (vgl. RdA, Jan. 1850, 8ff.), mag aber auch schon während seines ersten Aufenthaltes in Amerika Schriften von ihm gelesen haben (vgl. Marsiske 1986, 96). Die Ideen der Währungsreformer fanden auch Eingang in die Arbeiterbewegung. So enthielt die bereits erwähnte "Verfassung für die Arbeitervereine im Staate New York" vom 24. Februar 1849 (Kap. 2.2., 39, Anm.) unter anderem die Forderung nach vollständiger "Einführung des Bargeldsystems" und verlangte die "tunlichst schnelle Aufhebung der Banken", außerdem noch "gesetzliche Vorkehrung, daß die Banken für alle in Umlauf gesetzten Noten dem Volke vollständige Garantie leisten" (Huch 1910a, 42). Weitling befand sich mit dem Befreiungsbund, der politisch-taktisch an die Ideen der Nationalreformer, inhaltlich-programmatisch an die Ideen der Währungsreformer anknüpfte, vollkommen auf der Höhe der damaligen sozialen und politischen Diskussionen².

1 Vgl. Volks-Tribun, Nr. 28, 11.7.1846; Nr. 39, 26.9.1846.

2 Vgl. Kap. 3.2. für eine ausführlichere Beschäftigung mit den Ideen der Währungs- und Bankenreformer.

Die Finanzen des Befreiungsbundes

Die Mitgliedschaft des Befreiungsbundes rekrutierte sich zum deutlich überwiegenden Teil aus Handwerkern (vgl. Marsiske 1986, 134ff.), einige wenige Hinweise belegen jedoch Weitlings Bemühen, auch in bürgerlich-republikanischen Kreisen um Anhänger zu werben. So trat er auf einem deutsch-amerikanischen Fest, das zur Feier der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung am 5. Juli 1847 in Philadelphia veranstaltet wurde, neben den Demokraten Seidensticker und L. A. Wollenweber als Redner auf (vgl. Huch 1910b, 18)¹. Und am 5. Februar 1848 schrieb er aus New Orleans an Karl Heinzen: "Reißen Sie sich los aus den Armen der politischen, ästhetischen Spiegelfechter. Werfen Sie sich in unsere Bewegung" (Heinzen 1874, 165)². Heinzen lehnte diese Aufforderung allerdings ab (vgl. ebd., 166f.).

Wie bereits erwähnt (Kap. 2.2., 40), hatte die Arbeiterversammlung in Philadelphia am 29. April 1848 der Sammlung von Geldern gedient, um Weitling und Rudolph Dowiat die Reise nach Europa zu ermöglichen. Einem späteren Bericht Weitlings zufolge waren hierbei 40 Dollar zusammengekommen. Interessanter ist jedoch seine Äußerung an der gleichen Stelle, der New Yorker Befreiungsbund hätte zusätzlich 120 Dollar für die Reise zur Verfügung gestellt (vgl. RdA, Nr. 14, 19.7.1851, 109). Dies erlaubt vorsichtige Rückschlüsse auf die Tätigkeit des Bundes.

Die einzigen durch die Konstitution geforderten Mitgliedsbeiträge waren monatliche Zahlungen für den Kranken- und Versorgungsfond in Höhe von jeweils mindestens 6 1/4 Cents. Bei ihrem Beitritt zum Befreiungsbund gaben die Mitglieder an, was für Beiträge sie zu zahlen gedachten. Dies wurde auf ihren Beitrittsformularen vermerkt. Auf Grundlage dieser Formulare, die heute im Staatsarchiv Hamburg verwahrt werden, ist daher eine ungefähre Schätzung der finanziellen Stärke des Befreiungsbundes möglich.

Da Weitling selbst die Mitgliederzahl mit fünfzig angab (Kap. 2.2., 38), wobei er sich offenbar auf keinerlei schriftliche Aufzeichnun-

¹ Vgl. RdA, Nr. 7, 31.5.1851, 55, wo Weitling sich an dieses Fest erinnert.

² Der bei Heinzen wiedergegebene Text stimmt mit dem Wortlaut des Originals dieses Briefes, das in der Labadie-Collection der University of Michigan, Ann Arbor, verwahrt wird, überein. Vgl. Marsiske 1986, 99, wo der Brief irrtümlich auf das Jahr 1846 datiert wird. Vgl. auch RdA, Dez. 1850, 180f., wo Weitling dieses Bündnisangebot rückblickend erläuterte.

gen stützen konnte, kann davon ausgegangen werden, daß die 94 Mitgliedskarten die Mitglieder des Befreiungsbundes nahezu vollständig erfassen. Eine wesentlich darüber liegende tatsächliche Mitgliederzahl würde die Angabe Weitlings, die so noch als Erinnerungsfehler erklärt werden kann, unverständlich werden lassen. Denkbar ist allerdings auch, daß Weitling für seine Zählung nur diejenigen Mitglieder berücksichtigte, die regelmäßig Beiträge zahlten.

Die günstigste Annahme - regelmäßige Beitragszahlung aller durch die Mitgliedskarten erfaßten Mitglieder vom Zeitpunkt ihres Beitritts bis einschließlich April 1848 in der jeweils angegebenen Höhe - ergibt eine Einnahme des New Yorker Befreiungsbundes von etwa 185 Dollar, die sich zu fast gleichen Teilen auf den Kranken- und den Versorgungsfond verteilen. Werden die Einnahmen in New Orleans hinzuge-rechnet, ergibt sich eine Gesamteinnahme von ca. 240 Dollar. Die Annahme einer solchen Regelmäßigkeit in der Beitragszahlung dürfte jedoch kaum realistisch sein. Sollte Weitling bei seiner Angabe von 50 Mitgliedern tatsächlich nur die regelmäßig zahlenden Mitglieder berücksichtigt haben, so müßte der Betrag der Einnahmen um fast die Hälfte reduziert werden. Das würde bedeuten, daß der Befreiungsbund seine gesamten Kassenbestände aufgelöst hätte, um Weitling und Dowiat die Reise nach Europa zu ermöglichen.

Diese Annahme wird dadurch erhärtet, daß Weitling nach seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten Ende 1849 nicht mehr an den Befreiungsbund anknüpfte und bei seiner Propagandatätigkeit offenbar auch auf keinerlei Geldmittel zurückgreifen konnte¹. Wenn sich auch genaue Zahlen mit letzter Sicherheit nicht werden ermitteln lassen, so kann doch zumindest davon ausgegangen werden, daß die Weitling und Dowiat gewährte Reiseunterstützung den Befreiungsbund finanziell in einem Maße belastete, das die konstitutionsmäßig vorgesehenen Kranken- und Altersunterstützungen praktisch unmöglich machte. Die Einflußnahme auf die europäische Revolution erschien den Beteiligten als vordringlichere Aufgabe.

Die Revolution 1848/49: Berlin

Weitlings Aktivitäten in der Revolution von 1848/49 sollen im folgenden nicht ausführlich dargestellt, sondern nur insoweit verfolgt werden,

¹ Vgl. RdA, Okt. 1850, 158; RdA, Nr. 8, 7.6.1851, 60.

als sie für das Verständnis seiner späteren Aktivitäten in der amerikanischen Arbeiterbewegung von Belang sind. Dies betrifft in erster Linie die Weiterentwicklung seiner programmatischen Vorstellungen von einer Währungsreform, aber auch seine Erfahrungen mit der Arbeiterverbrüderung und die Organisierung des Befreiungsbundes. Für ausführlichere Darstellungen muß auf die einschlägige Forschungsliteratur verwiesen werden¹.

Die wichtigsten Stationen Weitlings während der Revolution waren Berlin und Hamburg. Am "vorletzten Schlachttag des Juniaufstandes" in Paris angekommen (RdA, Nr. 14, 19.7.1851, 109), hielt er sich seit spätestens Mitte Juli in Berlin auf, wo er sofort Kontakt mit dem dortigen Zentralkomitee für Arbeiter aufnahm (vgl. Seidel-Höppner/Rokitjanski, 79). Zu diesem Zeitpunkt war bereits der Aufruf zur Beschickung eines Arbeiterkongresses in Berlin erlassen worden, in dem es als eine "unabweisliche Nothwendigkeit" bezeichnet wurde, "daß eine möglichst geordnete Vertretung der arbeitenden Klassen Deutschlands die sie zunächst angehenden Fragen selbstständig in ihre Hand nehme und sich in den wesentlichsten Punkten vereinige, welche die Befreiung des Arbeiterthums aus den Fesseln des Kapitals, der persönlichen Abhängigkeit und der materiellen Entbehrung in sichere Aussicht stellen" (Das Volk, Nr. 11, 27.6.1848)².

Der Kongreß tagte vom 23. August bis 3. September und gründete mit der Allgemeinen Deutschen Arbeiterverbrüderung die erste Massenorganisation deutscher Arbeiter. Zweifellos konnte Weitling schon vor der Eröffnungssitzung erkennen, welche Richtung dieser Kongreß einschlagen würde. Im persönlichen Umgang mit den Organisatoren wird er versucht haben, diese vor einer von ihm befürchteten programmatischen Einengung der Arbeiterbewegung auf den genossenschaftlichen Zusammenschluß zu warnen. Nachdem er hierbei keinen Erfolg hatte erzielen können, unternahm er in der Eröffnungssitzung einen letzten Versuch. Er unterstützte energisch den Antrag des Delegierten Koch vom Frankfurter Gesellenkongreß, der eine Petition für die Einberufung eines ständigen Arbeiterparlaments an die Frankfurter Nationalversammlung verabschiedet haben wollte. Weitling drängte auf

1 Übertreffend ist die Studie von Seidel-Höppner/Rokitjanski, eine knappe Darstellung findet sich außerdem in Marsiske 1986, 102ff. Die folgenden Erörterungen stützen sich auf diese Darstellungen.

2 Vgl. Quarck, 152; Mehring, 436f.

vorrangige Beratung dieses Antrages und verließ den Kongreß, nachdem dies von den versammelten Delegierten abgelehnt worden war (vgl. Seidel-Höppner/Rokitjanski, 82ff.).

Weitlings Auftreten auf dem Arbeiterkongreß stellte einen letzten Versuch dar, "das Ruder der Kongreßberatung herumzureißen, ins politische Fahrwasser zu steuern, sich nicht mit Petitionen zu begnügen, sondern auf eine permanente politische Einflußnahme von Arbeitervertretern auf die gesetzgebende Körperschaft zu drängen" (ebd., 87f.). Nachdem er hiermit bei den Organisatoren im Vorfelde des Kongresses gescheitert war, hoffte er auf die Einsicht der versammelten Delegierten. Nur wenn von diesen vorangegangenen Bemühungen, die zwar nicht belegbar, aber doch sehr wahrscheinlich sind, abgesehen wird, wenn sein Auftreten auf dem Kongreß somit nicht als letzter, sondern als einziger Versuch der Einflußnahme erscheint, wenn darüber hinaus seine weiteren Aktivitäten nicht näher betrachtet werden, kann Weitlings sofortiger Rückzug von den Kongreßberatungen als "Eigensinnigkeit" oder "gekränkte Eitelkeit" erscheinen¹.

Weitlings Verhalten auf dem Arbeiterkongreß läßt sich mit derartigen charakterlichen Zuschreibungen nicht überzeugend erklären. In erster Linie entsprang es einer realistischen Einschätzung seiner Möglichkeiten, den weiteren Verlauf dieses Kongresses in seinem Sinne zu beeinflussen. "Weitling", so Seidel-Höppner/Rokitjanski in einer treffenden Formulierung, "konnte im August 1848 nicht gutheißen, was er seit 1838 für aussichtsarm hielt. Das auf dem Kongreß beschlossene Statut der Arbeiterverbrüderung aber ließ ihm nur die Wahl, sich zu beugen oder zu gehen. Weitling ging. Aber er beugte sich nicht" (Seidel-Höppner/Rokitjanski, 90).

Stattdessen versuchte er auf einem anderen Wege, sich Gehör zu verschaffen. Ab 7. Oktober erläuterte er sein Programm wie auch seine Kritik an der Arbeiterverbrüderung ausführlicher in der von ihm herausgegebenen Wochenzeitung Der Urwähler, die jedoch nur in fünf Ausgaben erschien.

Wann genau Weitling den Entschluß zur Herausgabe einer eigenen Zeitschrift faßte, läßt sich nicht ermitteln. Der bei Barnikol zitierte Polizeibericht, wonach Weitling sich im August nach Berlin begeben habe, "um hier die Herausgabe einer auf soziale Zwecke abzielenden

1 So die Einschätzung von Quarck, 158 und Mehring, 437.

Zeitschrift vorzubereiten", auf den auch Seidel-Höppner/Rokitjanski verweisen (Barnikol, 224)¹, ist nicht sehr zuverlässig. Da er erst im Dezember als Antwort auf eine Anfrage der Hamburger Polizei verfaßt wurde, ist nicht klar, inwieweit ihm eigene Ermittlungen zugrunde liegen. Naheliegend ist, daß der Plan zur Herausgabe einer eigenen Zeitschrift Weitling nachträglich, da diese Zeitschrift nun bekannt war, schon für einen frühen Zeitpunkt unterstellt wurde. Wahrscheinlich aber projektierte Weitling den Urwähler erst, nachdem seine Bemühungen, auf den Verlauf des Arbeiterkongresses Einfluß zu nehmen, gescheitert waren. Möglicherweise war er von vornherein als kritische Ergänzung zur Verbrüderung, dem Organ der Arbeiterverbrüderung, gedacht.

Das Titelblatt der ersten Nummer vom 7. Oktober, wie auch die vermutlich Ende September erschienenen Prospekte (vgl. Schäfer 1981, 332ff.), erklärten den Urwähler zum "Organ des Befreiungsbundes". Sie sind die frühesten Zeugnisse für Weitlings Bemühen, diesen Bund, in dessen Auftrag er nach Europa gereist war, zu organisieren. Daß er hiermit erst nach Beendigung des Arbeiterkongresses begann, deutet erneut auf seine zuvor unternommenen Versuche, zunächst an die bereits bestehenden Arbeiterorganisationen anzuknüpfen.

Ein Artikel "Stimmen aus Amerika - Der Befreiungs-Bund an das deutsche Volk" in der ersten Ausgabe des Urwählers, der von Vertretern des Bundes aus verschiedenen amerikanischen Städten unterzeichnet war, erläuterte Programm und Organisation des Befreiungsbundes. Die in Amerika bestehenden und gegenüber Europa weitergehenden Freiheitsrechte wurden als "unordentliche Freiheit" bezeichnet, als eine "Anarchie der Freiheit", die "Armuth und Verschwendung, Müßiggang und Lohndienerei, Diebstahl und Betrug, Herrschaft und Sklaverei" zur Folge hätte. "Und dies wird von Jahr zu Jahr immer ärger, hier sowohl als in Europa. Darum muß diesem Zustande nach allen Kräften entgegen gewirkt werden. Das kann aber nur geschehen, wenn wir die politischen Freiheiten benutzen, um uns über die Nothwendigkeit einer auf gleichen Berechtigung und gleichen Verpflichtung beruhenden Freiheit aufzuklären und dafür bei den Wahlen zu wirken" (Urwähler, Nr. 1, 6). Ziel sei die Verwirklichung der bekannten drei Grundsätze, organisiert sei der Befreiungsbund in drei Graden, um "auch den schwächsten Kräften" den Beitritt zu ermöglichen. "Der erste Grad besteht aus allen Denen, welche diese Grundsätze unter-

schreiben. Der zweite Grad besteht aus Denen, welche sich außerdem noch durch monatliche oder jährliche Beiträge auf das Organ des Bundes abonniren. Der dritte Grad besteht aus Solchen, welche den Logen des Bundes beitreten und sich durch monatliche Beiträge gegenseitig Unterstützung im Alter und in Krankheit sichern" (ebd., 7).

Diese Erläuterungen galten den amerikanischen Sektionen des Befreiungsbundes. In den einzigen bisher bekannten amerikanischen Statuten, denen vom März 1847 (vgl. Seidel-Höppner/Rokitjanski, 158ff.), ist jedoch von einer derartigen Dreiteilung der Mitgliedschaft nichts zu entdecken. Möglicherweise gibt es noch eine weitere, der Forschung bisher unbekannt Fassung.

Seidel-Höppner/Rokitjanski vermuten hinter dieser Staffellung den unteren, mittleren und obersten Funktionsstab der vorgesehenen künftigen Regierungsmannschaft in Gesetzgebung und Exekutive (Seidel-Höppner/Rokitjanski, 146). Dies dürfte insbesondere bei den für Deutschland modifizierten Statuten gelten. Da die "complicirte und auf die Dauer berechnete Logeneinrichtung Amerika's" nicht so schnell zu schaffen sei und überdies die bewegte Zeit "rasches Handeln für die Hauptsache, für die Anerkennung der Grundsätze des Bundes" erfordere, schrieb Weitling, müsse in Deutschland zunächst folgende Dreiteilung gelten: Mitglied des ersten Grades war demnach jeder, der ein Bundesbuch unterschrieb und sich eins anschaffte; dem zweiten Grad gehörten alle Mitglieder an, denen die Wahl ihrer Mitbürger ein Amt anvertraut hatte; Mitglieder des dritten Grades waren die "Präsidenten der Vereine, die Commandanten der Bürgerwehr, die Mitglieder der constituirenden Nationalversammlung" sowie "alle Mitglieder derjenigen Kranken- und Unterstützungsgesellschaften, welche sich sämmtlich für die Grundsätze des Bundes verpflichten". Die oberste Leitung lag bei denjenigen Mitgliedern, die den constituirenden Nationalversammlungen angehörten (Urwähler, Nr. 1, 7).

Weitling kündigte die Verteilung von Bundesbüchern an (vgl. ebd.), ob und in welchem Ausmaß dies tatsächlich geschah, ist jedoch nicht bekannt. Bisher lassen sich lediglich drei Mitgliedswerbungen belegen, die in Berlin erfolgten (vgl. Marsiske 1986, 108, 139). Zur Gründung einer eigenen Sektion des Befreiungsbundes scheint es nicht gekommen zu sein.

In der zweiten Nummer des Urwählers wandte sich Weitling gegen die "verfehltete Richtung" einiger Mitglieder der Kommission des Arbeiterkongresses, wonach es jeder Regierung unmöglich sei, den Arbeitern zu helfen und es vielmehr darauf ankäme, den Arbeitern "durch monatliche

1 Vgl. Seidel-Höppner/Rokitjanski, 90.

Beisteuern ... nach und nach zu einem associirten Besitz" zu verhelfen. Er warnte, daß "schon Tausende" mit dieser Idee gescheitert seien und riet den Arbeitern, "vorläufig bei dergleichen Associations-Projecten vorsichtig zu sein, und wenn sie sich denselben anschließen, es aus Hingebung zu thun und keine persönlichen Vortheile zu erwarten, jedenfalls aber durch die sociale Association die politische Association der Ideen nicht zu vernachlässigen" (Urwähler, Nr. 2, 13). Unmißverständlich erklärte er: "So lange wir aber keine aufopfernde Regierung haben, so lange wird im Interesse der arbeitenden Klassen nichts geschehen" (ebd., 12). Genau dies, die Errichtung einer "aufopfernden Regierung", sollte durch die Grundsätze des Befreiungsbundes erreicht werden, die für die Staatsbeamten eine Entlohnung vorsahen, die nicht höher lag als bei anderen Arbeitern.

Seine Einschätzung wiederholte Weitling auch in der folgenden Nummer. "Jede Association wodurch Allen geholfen werden soll, Allen ohne Ausnahme, ... kann nur unter dem Schutz und der Leitung des Staats zu Stande und zum Ziele kommen", schrieb er dort (Urwähler, Nr. 3, 17). Wohl könnten Einige sich mittels Assoziation helfen, dies aber um so besser, je mehr Geldmittel ihnen zur Verfügung stünden und immer auf Kosten derjenigen, die sich aus Mangel an Mitteln nicht assoziieren könnten. Die größten Vorteile hätten folglich die Kapitalisten von der Assoziation zu erwarten: "Es giebt wenig Arbeiten mehr für deren Ausbeutung die Kapitalisten sich nicht associirt hätten. Und gegen eine solche Association, kann eine von unbemittelten Arbeitern ausgehende nicht konkuriren" (ebd., 18).

Weitling erkannte jedoch, daß auch er die "theilweisen getrennten Associationsversuche" nicht verhindern konnte und versuchte daher, Einfluß zu nehmen, indem er einen eigenen Assoziationsplan propagierte. "Dabei stellen wir aber von vorne herein fest", gab er zu bedenken, "daß wir dadurch nichts im Interesse der allerunglücklichsten Menschheit vorzuschlagen gedenken, welchen nur eine gute Regierung helfen kann, sondern nur materielle Vortheile im Interesse der Associrten bezwecken" (ebd.). Mindestens tausend Mitglieder, die alle Gesellschaftsklassen repräsentieren sollten, sollten sich demnach in einer Stadt zu einer Volksbank zusammenfinden, in die sie regelmäßig ihren Verdienst oder einen Teil davon einzahlen würden. Dafür bekämen sie dann im Austausch ein eigenes Papiergeld, das bei den Mitgliedern der Assoziation volle Geltung hätte. Von der Bank als Zentralpunkt aus ließe sich dann ein planvoller und damit für alle Beteiligten vorteilhafter Austausch der Arbeitsprodukte organisieren. Zugleich könnten die in der Bank deponierten Gelder ge-

winnbringend angelegt werden und so der Kranken- und Altersversorgung der Mitglieder dienen (vgl. Urwähler, Nr. 3, 19).

Die Propagierung einer durch private Initiative ins Leben gerufenen Volksbank war ein kluges Zugeständnis an die damals in der Arbeiterbewegung vorherrschende Assoziationseuphorie. Weitling sah ein, daß es vorläufig aussichtslos war, die Arbeiter auf den Staat orientieren zu wollen. So wandelte er seinen im Nothruf formulierten Plan einer Währungs- und Bankenreform entsprechend den vorherrschenden Bedingungen ab, dabei aber nicht verschweigend, daß er eine grundlegende allgemeine Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter ohne Staatshilfe für nicht möglich hielt. Wenn die Vorteile einer sozialökonomisch verwalteten Bank erst einmal anschaulich demonstriert wären, so offenbar seine Hoffnung, wäre es leichter, diese Bank in Staatshände zu übergeben und ihre Vorzüge damit zu verallgemeinern. Die Erprobung der Volksbank im kleinen Maßstab konnte somit in gewisser Weise der Aufklärung der Wähler dienen.

Die Revolution 1848/49: Hamburg

Leider gibt es keine Hinweise darauf, auf wieviel Resonanz Weitling mit seinen Vorschlägen stieß. Kurzschlüssig wäre es jedoch, aus dem Fehlen solcher Hinweise auf ein Ausbleiben jeglicher Resonanz zu schließen. Seidel-Höppner/Rokitjanski haben in diesem Zusammenhang zu Recht auch die These, der Urwähler habe aufgrund von Abonnentenmangel sein Erscheinen einstellen müssen, infragegestellt und zu bedenken gegeben, daß die Herausgabe dieser Zeitung in einer Zeit politischer Krise unter entsprechend großen Schwierigkeiten erfolgte (vgl. Seidel-Höppner/Rokitjanski, 115f.). Weitling hatte nur wenig Zeit, eine größere Anhängerschaft um sich zu scharen. Am 21. November wurde er aus der Stadt gewiesen und begab sich nach Hamburg.

Dort scheint er zunächst öffentlich nicht weiter hervorgetreten zu sein. Während der ersten Wochen wird ihn vor allem die Vorbereitung der dritten Auflage der Garantien in Anspruch genommen haben, in der er eine vorläufige Bilanz des Verlaufes der Revolution zog. Sein Ergebnis ist von Seidel-Höppner/Rokitjanski treffend zusammengefaßt worden: "Angesichts des Unvermögens der meisten bürgerlichen Radikalen, das Volk gegen die Konterrevolution zu mobilisieren, hält Weitling nach der Niederlage der Arbeiter in Wien, nach dem kampflosen Triumph Wrangels in Berlin jede weitere, auch zeitweilige Unterordnung der Arbeiterinteressen unter bürgerlich-demokratische, jedes Zurückstecken der kommunistischen Ziele

um des erstrebten politischen Bündnisses gegen den gemeinsamen Feind für politischen Tempoverlust und ideologische Desorientierung der Arbeiter" (Seidel-Höppner/Rokitjanski, 129).

Dies zeigt sich auch in Weitlings Beitritt zur Arbeiterverbrüderung, den er am 20. Februar 1849 in einem Brief an seine Anhänger in Paris berichtete. "Ich betheilige mich von nun an mit an der 'Verbrüderung'", begründete er diesen Schritt, "weil ich sehe, daß dieselbe noch die unsern Bestrebungen zusagendste Parthei ist. Die Demokratie ist in ihren Entwicklungen weniger einig, und man möchte fast sagen, prinzipienlos verfahren, auch kann man durch die Arbeitervereine nur allein für sie wirken. Man kann mehr für sie thun, wenn man sie ignoriert, als wenn man sie beständig im Munde führt" (ebd., 167).

Vorausgegangen war diesem Brief der Norddeutsche Arbeiterkongreß, der sich vom 10. bis 14. Februar in Hamburg versammelte und an dem Weitling als Vertreter der Nordamerikanischen Arbeitervereine teilnahm (vgl. ebd., 133f.). Hier hatte er Arbeiter erleben können, deren "Verständnis für die Beurteilung des Klassencharakters des Staates" gewachsen war (Berg, 57), die sich somit seinen im Urwähler formulierten Positionen angenähert hatten. Dies, wie auch die Resonanz, die sein Plan zur Errichtung von Volks- und Sozialbanken fand, mußte ihm den Beitritt zur Arbeiterverbrüderung nahelegen (vgl. Marsiske 1986, 112).

Wenige Tage vor Beginn des Kongresses hatte Weitling diesen Plan noch einmal ausführlich in der Hamburger Zeitung Die Reform erläutert¹. Unter der Überschrift Des Königs von Baiern Preisfrage: "Durch welche Mittel kann der materiellen Noth der untern Klassen der Bevölkerung Deutschlands und insonderheit Baierns am zweckmäßigsten abgeholfen werden?" diagnostizierte er in einer dreiteiligen Artikelserie zunächst einen "ungeregelten Verkehrszustand", der eine "unzweckmäßige Verwendung der Arbeitskräfte" mit sich bringe. Da der Austausch der Produkte sich in Händen befinde, "welche dem Interesse der Arbeit fremd sind", sei bei den "untern Klassen" der Geldmangel permanent (Marsiske 1986, 142). Als "Ursachen der materiellen Noth" erkannte er im einzelnen: den durch Arbeitsmangel herbeigeführten Zeitverlust; den an den Zwischenhandel zu entrichtenden "enormen Tribut"; den für die einzelnen Arbeiter bestehenden Zwang, ein eigenes Geschäft zu begründen; die zu hohe bzw. überflüssige Besoldung von Beamten sowie die Versorgung der Armee; die

1 Ich zitiere im folgenden nach dem Wiederabdruck in Marsiske 1986, 141ff.

Vernachlässigung des statistischen und sozial-ökonomischen Wissens; damit zusammenhängend der Mangel an sozial-ökonomischen Schulen; "hauptsächlich" aber den "Mangel einer sozial-ökonomischen Staatsverwaltung, welche dafür sorgt, daß alle Arbeiter in ihrer kräftigen Lebensperiode so viel verdienen, als sie für das ganze Leben gebrauchen, und daß Niemand über den für Alter und Krankheit bestimmten Mehrverdienst vorher verfügen kann" (Marsiske 1986, 143f.).

Dieser "materiellen und geistigen Noth", so Weitling, könne abgeholfen werden, wobei man "in den Schranken unserer jetzigen Eigentums- und Geldverhältnisse" verbleiben, sich aber auch "bis in die sogenannten Utopien des Communismus versteigen" könne. "Auf welchen Grundsätzen man indeß diese Abhülfe basire, von welcher Seite man ihre Anwendung versuche, und in welcher beschränkten oder weiteren Ausdehnung man dieselbe unternehme, immer ist das Radikal-Mittel nur eines und dasselbe: die Socialbank". In seinen Garantien habe er die Sozialbank in Form der Kommerzbücher dargestellt, "hier aber, wo es sich um eine Uebergangsperiode handelt, für welche wahrscheinlich Vorschläge gewünscht werden, welche den staatlichen Interessen und den zum Schutz des Eigenthums und der Erbschaft bestehenden Gesetzen nicht entgegen sind, erscheint diese Socialbank in der Form unsers cursirenden Papiergeldes" (ebd., 144).

Eine solche Äußerung hatte es bis dahin von Weitling nicht gegeben. Es spiegeln sich hierin die Erfahrungen mehrerer Monate aktiver Teilnahme an der Revolution, in denen Weitling ständig auch um das Bündnis mit den bürgerlichen Radikalen bemüht war¹, wie auch ein vertieftes Verständnis des Charakters kapitalistischer Wirtschaft. Weitling erkannte, ahnte zumindest, daß die Forderung nach einer kommunistischen Gesellschaftsveränderung keine zufällige, individuelle Idee war, sondern sich als Konsequenz aus der Erkenntnis kapitalistischer Widersprüche ergab. Folglich mußte der Kommunismus nicht notwendigerweise als in sich geschlossenes System dem Kapitalismus gegenübergestellt werden, sondern konnte, je nach den gegebenen Bedingungen, mit unterschiedlicher Radikalität gefordert und praktiziert werden.

1 Bereits Ende Oktober 1848, auf dem zweiten Demokratenkongreß in Berlin, hatte Weitling erklärt: "Ich bin als extremer Communist allenthalben bekannt, ich will aber keinen Plan aufgestellt wissen, wie die Gesellschaft künftig werden soll. Man hat viele Systeme aufgestellt; wenn wir uns aber durch dieselben die Frage verwirren ließen, so würde uns das wenig Ehre machen" (zit. nach Seidel-Höppner/Rokitjanski, 110f.).

Der von Weitling im folgenden entwickelte Plan einer Sozialbank entsprach im wesentlichen den bereits im Nothruf formulierten und im Urwähler modifizierten Vorschlägen. Ein kleiner Unterschied bestand darin, daß nunmehr die Regierung zunächst mittels einer Anleihe Magazine mit Produkten einrichten sollte, die im eigenen Land nicht produziert werden konnten. In diese Magazine sollten dann aber auch Produkte aus dem Inland, gegen Bezahlung mit dem Papiergeld der Sozialbank, eingeliefert werden können und für das gleiche Papiergeld von dort aus weiterverkauft werden. "Die Tendenz dieser Socialbank", forderte Weitling, "muß das Aufgehen aller kommerziellen und industriellen Zersplitterungssysteme in dieselbe sein, so daß zuletzt keine andere Verwaltung mehr nothwendig wird, als die durch die Socialbank repräsentierte, indem das ganze Steuersystem, die Grenzbeamten, die Zölle u.s.w. unnöthig werden, und im Austausch Jeder Aller bezahlt, was für ihn und Alle nothwendig ist, so daß kein Verlust den Einzelnen mehr treffen und unglücklich machen kann, und keine Nahrungssorge ihn mehr trübt" (Marsiske 1986, 146). Wie bei seinen Erläuterungen im Urwähler erwartete Weitling also auch hier, daß die Sozialbank ausreichend Überschüsse hervorbringen würde, um damit die soziale Absicherung ihrer Mitglieder gewährleisten zu können (vgl. Urwähler, Nr. 3, 19). Als Mitglieder wollte er aber nur diejenigen anerkannt wissen, die entweder allein oder assoziiert arbeiteten. "Dies hat den Zweck", erläuterte er, "daß die Bauern und Fabrikanten, welche die Arbeit der Knechte und Arbeiter in der Socialbank verwerthen, aus dem Nutzen dieser Verwerthung kein Privilegium machen, damit der Knecht und der Arbeiter als Associrte selbstständig werden und als Mitglieder der Bank deren Vortheile genießen können" (Marsiske 1986, 146).

Auch diese programmatische Verknüpfung der Sozialbank mit der Organisierung der Arbeiter in Assoziationen stellt ein neues Element in Weitlings Plan dar, das später noch größere Bedeutung erlangen sollte und zeigt, daß er die Möglichkeit der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft nicht nur im Handel, sondern auch in der unmittelbaren Produktion erkannte.

Trotz seines Beitritts zur Arbeiterverbrüderung begann Weitling vermutlich Anfang Mai 1849 mit der Organisierung einer Hamburger Sektion des Befreiungsbundes (vgl. ebd., 113). Hierbei betrieb er intensiv Propaganda für die Sozialbank (vgl. ebd., 117), was vermuten lassen könnte, daß er mit diesem Plan in der Arbeiterverbrüderung doch nicht die erhoffte Zustimmung gefunden hatte. Es erscheint jedoch naheliegender, den Befreiungsbund nicht als Konkurrenzorganisation zur Arbeiterverbrü-

derung zu verstehen. Der Zeitpunkt der Gründung, vor allem die ungefähre Gleichzeitigkeit zur Gründung einer "Volksbewaffnung" in Hamburg, wie auch einige Aussagen von Mitgliedern deuten vielmehr darauf hin, daß Weitling über den Befreiungsbund Einfluß auf einen im Zuge der Reichsverfassungskampagne erwarteten revolutionären Aufschwung gewinnen wollte. Der Arbeiterverbrüderung traute er offenbar nicht zu, in einer solchen Situation wirkungsvoll agieren zu können (vgl. Marsiske 1986, 122f.).

Die Resonanz, die der Befreiungsbund unter Hamburger Arbeitern fand, wie auch die Beteiligung von Befreiungsbündlern an den Unruhen vom 13. und 14. August 1849, deuten auf die Erfolgsaussichten dieser Vorgehensweise hin (vgl. ebd., 122f.). Allein, der erwartete revolutionäre Aufschwung blieb aus und polizeiliche Verfolgungen zwangen Weitling schließlich zur Flucht. Er wanderte nun endgültig nach Amerika aus.

2.3. Die erste Organisationsetappe in den Vereinigten Staaten: Arbeiterverbrüderung und Arbeiterkongreß (1850-1851)

Etwa Ende Oktober oder Anfang November 1849 betrat Weitling erneut amerikanischen Boden¹. Er hatte demnach bestenfalls zehn Wochen Zeit, um die Herausgabe der Republik der Arbeiter vorzubereiten, einer Zeitung, die ab 15. Januar 1850 zunächst monatlich, mit einem Umfang von jeweils 16 Seiten, erschien. Bei der ersten Ausgabe konnte er sich jedoch bereits auf 950 Abonnenten stützen (vgl. RdA, Jan. 1850, 1), insgesamt wurden 1900 Exemplare abgesetzt, von denen allerdings 400 nicht bezahlt wurden (vgl. RdA, Feb. 1850, 32)².

Dieser bemerkenswerte Erfolg zeigt, daß Weitling in kein ihm unbekanntes Land gekommen war, sondern offensichtlich an Kontakte aus der Zeit seines ersten Amerikaaufenthaltes anknüpfen konnte. So wählte er auch mit Jakob Uhl, dem Herausgeber und Besitzer der Staatszeitung, der führenden deutschen Tageszeitung New Yorks, für die Republik der Arbeiter den gleichen Drucker, bei dem er bereits den Nothruf hatte drucken lassen. Möglicherweise war auch der Befreiungsbund zunächst

1 Die Datierung ergibt sich aus Pressenotizen, denen zufolge Weitling sich bereits während der ersten Novemberhälfte in New York aufgehalten haben soll (vgl. Rokitjanski/Worobjowa, 314). Andererseits konnten amerikanische Zeitungen noch Mitte Oktober lediglich über seinen Entschluß zur Rückkehr nach Amerika berichten (vgl. Witke, 139).

2 Diese letzteren Angaben wurden von Schlüter offenbar übersehen. Vgl. Schlüter, 70.